Badisches Tagblatt vom 30.05.2017

BADISCHES TAGBLATT

Seite: 5 Ausgabe: Badisches Tagblatt - Badener Tagblatt, Hauptausgabe

Ressort: Blick ins Land

Wie Landesbeamte dem NS-Staat dienten

Dreijähriges Forschungsprojekt arbeitet Geschichte der Landesministerien im Nationalsozialismus auf

Von Brigitte J. Henkel-Waidhofer Stuttgart - Das Projekt ist bundesweit bisher einmalig: Eine renommierte Expertenkommission sitzt seit drei Jahren an der Aufarbeitung der Geschichte der Landesministerien in Baden und Württemberg im Nationalsozialismus. Die ersten Ergebnisse werfen kein gutes Licht auf den überwiegenden Teil der Staatsdiener. Denn die waren, nach nur 14 Jahren Demokratie während der Weimarer Republik, "anpassungsfähig" an die Diktatur und, wie Wolfram Pyta, Leiter der Ludwigsburger NS-Forschungsstelle sagt, bereit zur "ideologischen Selbstmobilisierung".

Die Badener sind vielbeschrieben als stolz auf ihre revolutionäre Tradition, der Pa-triotismus der Württemberger schlägt sich bis heute in der Landeshymne nieder. "Der Mythos funktioniert aber nicht", weiß Joachim Scholtyseck. Der Bonner Historiker befasst sich gezielt mit regionalen Besonderheiten. "Die ministerielle Überlieferung zeigt, "dass die Verwaltungselite mit Blick auf Rüstungspolitik und Zwangsarbeit loyal dem NS-Staat diente", schreibt er.

Die Freiburger Wissenschaftlerin Sylvia Paletschek analysiert, wie "zahlreiche Landesbehörden, Minister, Ministerialräte, Ordnungspolizei, Ärzte und Ärztinnen in den Gesundheitsämtern, Finanzbeamte, Sachbearbeiter oder Verwalter in Pflegeheimen an Konzeption und Durchführung von Verfolgung und Vernichtung mitwirkten." Eine "rassistische nationalsozialistische Weltanschauung" habe "als Entscheidungsrichtlinie die gesamte Landesverwaltung durchdrungen". Und zwar nicht auf Druck aus Berlin. Die Erzählung, alles Schreckli-

che sei auf Ebene des Reichs oder auf dem Obersalzberg entschieden worden, sei falsch, sagt Pyta. Wie detailliert und verzahnt mit dem Internetauftritt www.ns-ministerienbw.de die insgesamt 19 Wissenschaftler arbeiten, lässt sich an einzelnen Lebensläufen nachvollziehen. Etwa an dem des 1899 geborenen Offenburgers Otto Wacker, einer jener vergleichsweise wenigen "verdienten Altgenossen", so der Historiker Edgar Wolfrum, die nach der Machtübernahme als Seiteneinsteiger in Führungspositionen kamen. Wacker wurde zuerst Kultus- und dann auch noch lustizminister in Karlsruhe. nachdem unter seiner Leitung schon Anfang der 30er Jahre die Parteizeitung "Der Führer" zu einer der auflagenstärk-**Urheberinformation:**

anderen auch bloggt. Auf diese Weise wurde er mit der Frage der Hinterbliebenen-Versorgung für den 1940 verstorbenen Minister konfrontiert. Im Internet dokumentiert ist inzwischen der bis in die 80er Jahre reichende Kampf der Witwe um Witwenrente. Der bleib schlussendlich zwar erfolglos, wurde vorübergehend aber sogar vom badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb unterstützt, der Wacker zu Unrecht Bemühungen zuschrieb, "Unbilligkei-(c) Badisches Tagblatt GmbH

dern". Finanziert sind die noch unter Grün-Rot vom Wissenschaftsministerium angesto-Benen Forschungen weitgehend durch die Stiftung Baden-Württemberg. Umfangreiche Publikationen stehen bevor. Und eine Idee für ein weiteres, bundesweit ebenfalls bisher einmaliges Projekt gibt es ebenfalls: Jetzt gehe es um die Nazifizierung des Beamtenapparats ab 1933. "Sicher lohnend", meint Wolfrum, "wäre aber auch, detailliert auf Länderebene zu untersuchen, wie die Reintegration der Verwaltungseliten nach 1945 funktioniert hat."

ten und Ungerechtigkeiten zu verhin-

sten Wochenzeitungen expandierte. Er

trug "für die personelle 'Gleichschal-

tung' in den Schulen und Hochschulen

und für die nationalsozialistische Ideolo-

gisierung der Lehrinhalte Verantwor-

tung", erklärt der Heidelberger Profes-

sor Frank Engehausen, der wie alle